

Johannes Blum, Anna Dudel*, Björn Kauder, Manuela Krause und Niklas Potrafke

Reformvorschläge zur Eurozone – eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung als Lösung?

In der Dezember-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten nach ihrer Meinung bezüglich verschiedener Reformvorschläge für die Eurozone sowie insbesondere zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung befragt. Die Mehrheit der Befragungsteilnehmer ist mit den Reformen nicht zufrieden.

In jüngster Zeit wurde vielfach über die zukünftige Ausrichtung der Eurozone diskutiert. Nach den Erfahrungen in der europäischen Schuldenkrise steht bei entsprechenden Debatten meist die Frage im Mittelpunkt, wie die Währungsunion in Zukunft besser und robuster gegenüber Krisen gewappnet werden könnte. Diskutiert wird, ob neben einer Währungsunion auch eine fiskalische Union benötigt wird. Mit dem Begriff einer Fiskalunion werden allerdings häufig unterschiedliche Konzepte verbunden. Ein konkreter Vorschlag zielt dabei auf die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ab, die zuletzt durch Bundesfinanzminister Olaf Scholz und seinen französischen Amtskollegen Bruno Le Maire öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr. Außerdem beraten die EU-Staats- und Regierungschefs gegenwärtig über Reformen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und haben kürzlich ihre Finanzminister mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Budgets beauftragt.

Das 21. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich dieser Thematik und geht der Frage nach, wie Volkswirte die jüngsten Reformmaßnahmen in der Eurozone sowie bereits länger bestehende Vorschläge dazu beurteilen. Dabei steht auch der Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung im Blickpunkt. Insgesamt nahmen an der Dezember-Umfrage 124 Ökonomeninnen und Ökonomen teil.

VERABSCHIEDETE REFORMMASSNAHMEN DER EURO-FINANZMINISTER

Am 4. Dezember 2018 haben sich die Finanzminister der Eurogruppe in einem langen Verhandlungsmarathon auf einige Reformelemente zur Stärkung

der Währungsunion geeinigt. Dabei steht ein Ausbau des als Krisenfonds gegründeten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Mittelpunkt. Der Fonds übernahm 2012 die Aufgaben des damals befristeten »Rettungsschirms«, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Erklärte Ziele sind die finanzielle Stabilität der Eurozone und die Vorbeugung von Spekulationen gegen den Euro. Mit eigenem Grundkapital, das die Mitglieder anteilig garantieren müssen, und eigens besorgten Krediten hilft er notleidenden Euroländern durch Hilfskredite und Bürgschaften. Der Kritikpunkt, dass sich die EU durch die Schaffung des ESM in Richtung Transferunion bewegt, steht auch heute noch durchaus im Raum (vgl. Wolf 2013). Der ESM erhält gemäß dem Einigungsvorschlag weitere Kompetenzen, wird weiter ausgebaut und kann künftig dem einheitlichen Bankenabwicklungsfonds Kredite geben. Zudem verständigte man sich darauf, dass es Ansätze für eine Insolvenzordnung für überschuldete Staaten geben soll, indem der ESM Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldern moderiert. Bezüglich der Frage eines Extrabudgets für die Eurozone konnten sich die Finanzminister allerdings nicht auf eine Linie einigen. Auch bezüglich der Einführung einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung soll erst Mitte nächsten Jahres über weitere Schritte beraten werden.

In einem ersten Teil wurden die Ökonomen gebeten, die Vorschläge, auf die sich die Finanzminister verständigt haben, zu bewerten. Ein Großteil der Teilnehmer ist mit den vereinbarten Schritten allerdings nicht zufrieden (56%). Nur 29% gaben an, zufrieden zu sein, während 15% unentschlossen waren (vgl. Abb. 1).

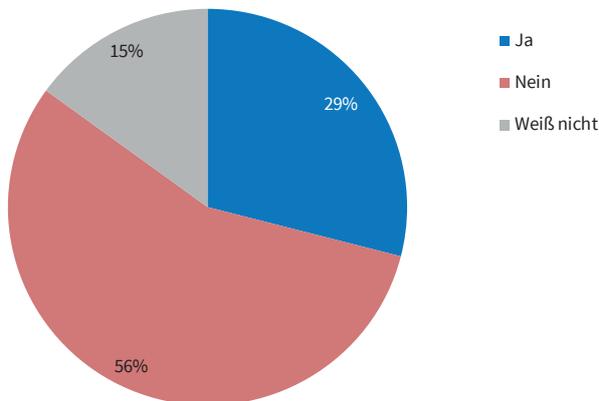
Die Ökonomen wurden zudem gefragt, ob die Währungsunion mit den verabschiedeten Reformen aus ihrer Sicht nun robuster im Hinblick auf die Bewältigung von Krisen geworden sei. Hierbei sind sich die Teilnehmer des Ökonomenpanels allerdings mehr-

* Anna Dudel war von Oktober bis Dezember 2018 Praktikantin im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

Abb. 1

Reformvorschläge der Euro-Finanzminister

Sind Sie insgesamt mit den verabschiedeten Reformen der Währungsunion zufrieden?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

heitlich uneinig. 51% beantworteten diese Frage mit »Teils-teils« (vgl. Abb. 2). 24% der Teilnehmer glauben nicht, dass die Eurozone mit den vereinbarten Maßnahmen krisensicherer sein wird, 20% sahen dies allerdings schon.

Das Reformpaket der Euro-Finanzminister ist am 14. Dezember 2018 (die Umfrage war hier bereits beendet) von den Staats- und Regierungschefs bei einem Gipfeltreffen beschlossen worden. Zusätzlich wurde vereinbart, dass zumindest ein Konzept für ein mögliches Extrabudget der Eurozone durch die Finanzminister erarbeitet werden soll. Ob es allerdings in absehbarer Zeit zu einer wirklichen Einführung eines Extrabudgets kommen wird, ist mehr als fraglich. Besonders die Mitglieder der »Hanseatischen Liga« (ein Verbund von elf nördlichen EU-Ländern, bestehend aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Irland und den drei baltischen Staaten, sowie Malta) werden nicht müde zu betonen, dass ein zusätzliches Budget, das über den EU-Gesamthaushalt hinausgeht,

unnötig und teuer für den Steuerzahler wäre. Schwierig ist außerdem, dass ein Extrabudget von allen Mitgliedsländern beschlossen werden müsste, sich aber nur an die Euroländer richtet (vgl. Mühlauer 2018).

Harald Fadinger von der Universität Mannheim zeigte sich einem solchen Extrabudget gegenüber aufgeschlossen und äußerte sich wie folgt: »Die aktuellen Reformvorschläge führen tendenziell zu einer Stärkung der Resilienz der Eurozone, gehen aber noch nicht weit genug. Ein gemeinsames Budget der

Eurozone, mit dem eine gemeinsame Fiskalpolitik (*aggregate fiscal stance*) verfolgt werden kann, wäre wünschenswert.«

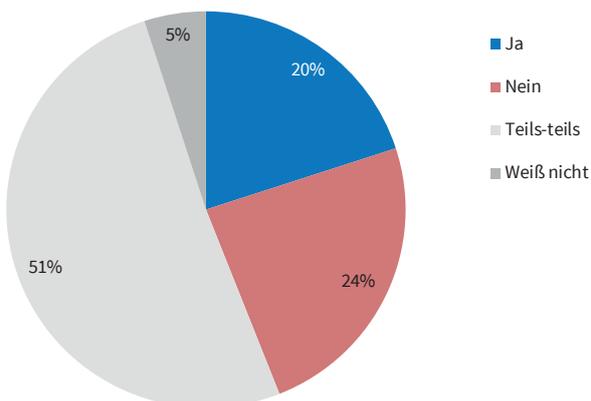
Befragt zu den größten Problemen der Eurozone, mahnten die Teilnehmer des Ökonomenpanels die aus ihrer Sicht weiterhin zu enge Verflechtung zwischen Banken und Staaten sowie die allgemein fehlende Disziplin in der Finanzpolitik an. Um diese Probleme zu lösen, sollten nach Meinung der teilnehmenden Ökonomen eine umfassende Insolvenzordnung sowie eine gemeinsame Einlagensicherung eingeführt werden. Auch betonten die Teilnehmer, dass es mehr Automatismen in der Sanktionierung von Verletzungen der Maastricht-Regeln geben sollte, die eine wirksame Durchsetzung der Strafen gewährleisten. Zugleich sollten aber auch verstärkte Anreize für strukturelle, nachhaltig wirkende Reformen geschaffen werden.

Isabel Schnabel, Professorin für Financial Economics an der Universität Bonn und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, konnte den Vorschlägen durchaus etwas Positives abgewinnen. Dennoch sah sie noch viel Verbesserungspotenzial für die Zukunft: »Ich begrüße die aktuellen Beschlüsse zur Reform der Währungsunion. Hierdurch wird die Schlagkraft des Bankenabwicklungsfonds erhöht, und eine geordnete Restrukturierung von Staatsschulden wird erleichtert. Sorgen bereitet mir der nach wie vor zu enge Risikoverbund zwischen Banken und Staaten. Um diesen zu lockern, benötigen wir eine

Abb. 2

Bewertung der Reformvorschläge der Euro-Finanzminister

Ist die Währungsunion nun robuster im Hinblick auf die Bewältigung von Krisen geworden?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

angemessene Regulierung von Staatsanleihen in den Bankportfolios und mittelfristig auch eine europäische Einlagenversicherung.«

Auch Friedrich Heinemann vom ZEW in Mannheim äußerte sich recht optimistisch: »Die Vorschläge der Eurogruppe sind ausgewogen und berücksichtigen gleichermaßen die Interessenlage von höher und niedriger verschuldeten Staaten. Vorsichtige Schritte in Richtung neuer Stabilisierungsinstrumente werden kombiniert mit Maßnahmen zur Stärkung der Marktdisziplin. Hier sind die verbesserten Collective Action Clauses (*single limb*) zu nennen und die explizite Rolle des ESM bei künftigen Umschuldungsverhandlungen. Das beseitigt zwar noch nicht die Sorgen Nordeuropas, dass die Schulden Südeuropas sozialisiert werden, es ist aber ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Insolvenzordnung für Eurostaaten.«

Andere Teilnehmer wie Alexander Dilger von der Universität Münster waren nicht der Meinung, dass die Währungsunion durch Reformen gestärkt werden kann: »Die Vorschläge gehen in die falsche Richtung. Der Euro als Gemeinschaftswährung für heterogene Staaten und Volkswirtschaften ist eine Fehlkonstruktion und sollte entweder ganz abgeschafft oder in eine Parallelwährung zu nationalen Währungen umgewandelt werden.«

EIN GEMEINSAMES REFORMKONZEPT VON FRANZÖSISCHEN UND DEUTSCHEN ÖKONOMEN

Bereits vor dem Treffen der Euro-Finanzminister wurde über die zukünftige Ausrichtung der Eurozone diskutiert. Anfang des Jahres 2018 stellten dazu 14 Ökonomen aus Frankreich und Deutschland, darunter Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, ein Reformpaket mit insgesamt sechs Reformschritten für die Europäische Währungsunion mit dem Titel »Wie Risikoteilung und Marktdisziplin in Einklang gebracht werden können: Ein konstruktiver Vorschlag zur Reform des Euroraums« vor. Darin wird im Kern vorgeschlagen, eine Risikoteilung zwischen den Euro-Mitgliedstaaten mit mehr fiskalischer Disziplin zu kombinieren, um den Euroraum in der Zukunft robuster und krisenresistenter zu machen und den wirtschaftlichen Wohlstand im Euroraum zu steigern. Aus Sicht der Ökonomen sind Reformen unter anderem deshalb unbedingt notwendig, da sie das jetzige Abhängigkeitsverhältnis von Staaten und Banken für höchstgefährlich

für den Euroraum und seine Mitgliedsländer halten. Zusätzlich werden die bestehenden Fiskalregeln als intransparent, prozyklisch und konfliktträchtig beurteilt. Weiterhin sollte nach Ansicht der Ökonomen dem Vertrauensverlust, den die Finanz- und Eurokrisen mit sich gebracht haben und der als ein Grund für nationalistische und populistische Tendenzen gewertet wird, entgegengewirkt werden (vgl. Benassy-Quere et al. 2018). Der Reformvorschlag will bewusst keine politische Neuausrichtung der Währungsunion provozieren, sondern konstruktiv dazu beitragen, eine bessere Ausschöpfung des Wachstumspotenzials zu erreichen. Außerdem würden die Reformen nicht zu einer Transferunion führen, die besonders in Deutschland häufig kritisch gesehen wird (vgl. DIW 2018).

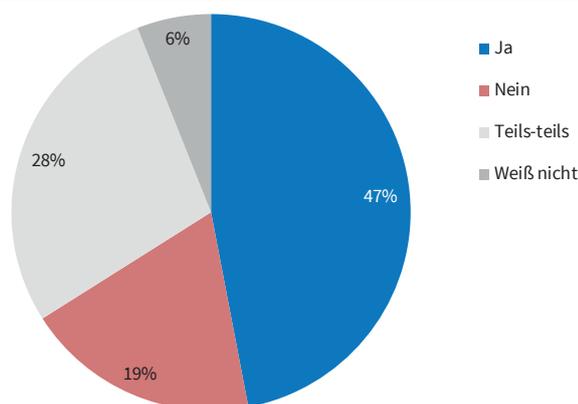
Befragt dazu, ob sie die Kombination der oftmals als gegensätzlich dargestellten Konzepte Risikoteilung und Marktdisziplin im Prinzip als geeignet ansehen, um den Euroraum robuster und krisenresistenter zu machen, stimmte eine relative Mehrheit der teilnehmenden Ökonomen zu. 47% erachteten die angedachte Verknüpfung von Risikoteilung und Marktdisziplin für sinnvoll (vgl. Abb. 3). 28% der Teilnehmer sahen diesen Vorschlag allerdings nur teilweise als zielführend an, während 19% den Ansatz gänzlich ablehnten.

Zu den Umfrageteilnehmern, die den Ansatz ablehnen, zählt zum Beispiel Dirk Meyer von der Universität der Bundeswehr Hamburg: »Die Risikovergemeinschaftung führt zu Fehlreizen, die das Wachstum der Eurozone bremsen werden. Ein chaotischer Zerfall des Euro wird wahrscheinlicher, da man sich auf Rettungsleinen verlässt, die im Krisenfall gar nicht schnell genug ausgeworfen werden können und brechen werden.«

Nach Ansicht der deutsch-französischen Expertengruppe schließen sich mehr Risikoteilung – oft vereinfacht dargestellt als die »französische Position« – und bessere Anreize für mehr Marktdisziplin – die »deutsche Position« – nicht grundsätzlich aus.

Abb. 3

Gemeinsames Reformkonzept französischer und deutscher Ökonomen
Unterstützen Sie den Ansatz, die Konzepte Risikoteilung und Marktdisziplin miteinander in Einklang zu bringen, um den Euroraum robuster und krisenresistenter zu machen?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

Sie argumentieren, dass sowohl Instrumente zur Krisenvorbeugung als auch zur -bewältigung notwendig für eine funktionierende Finanzarchitektur sind, dass Anreizprobleme durchaus innerhalb der Risikoteilung vermieden werden können und dass auch gerade zur Disziplinierung von Banken und Politik sowohl Stabilisierungs- als auch Risikoteilungsmechanismen notwendig sind (vgl. Benassy-Quere et al. 2018).

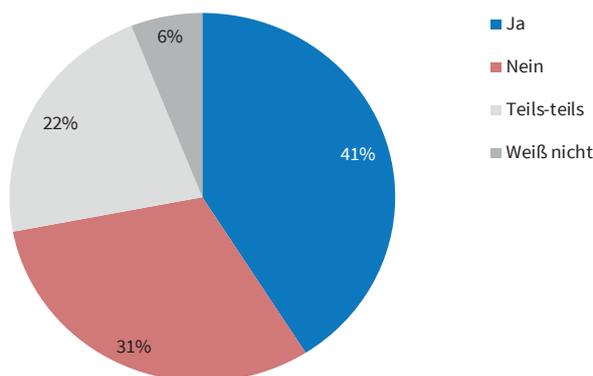
In dem Reformkonzept der französischen und deutschen Ökonomen wird zur Risikoteilung unter anderem ein neuer gemeinsamer Fonds zur Unterstützung einzelner Länder bei großen wirtschaftlichen Krisen vorgeschlagen – kleinere Konjunkturkrisen sind davon ausgenommen und sollen national aufgefangen werden. Ein enormer Anstieg der Arbeitslosigkeit oder generell ein Beschäftigungseinbruch könnten den Zugriff auf den Fonds rechtfertigen. In diesen Fonds sollen alle Länder einzahlen, um in Krisenzeiten finanzielle Unterstützung erhalten zu können. Die Beiträge sollen sich dabei an der Wirtschaftsleistung eines Landes orientieren. Leistungen, die aus dem Fonds bezogen werden, müssen nicht direkt zurückgezahlt werden. Eine Inanspruchnahme führt aber zu höheren Beiträgen in der Zukunft. Dieser Vorschlag kann daher auch als Versicherungslösung bezeichnet werden. Teilnehmen dürften Länder, die sich sowohl an die Fiskalregeln als auch die Vorgaben des Europäischen Semesters halten.

Bei der Bewertung eines solchen Systems regelbasierter Fiskaltransfers, bei dem erhaltene Leistungen nicht direkt zurückgezahlt werden müssen, sondern zunächst nur zu höheren zukünftigen Beiträgen führen, lässt das Gesamtbild unter den teilnehmenden Ökonomen eine Tendenz für eine solche Versicherungslösung erkennen. 41% der Teilnehmer befürworteten diese Versicherungslösung (vgl. Abb. 4). Mit 31% lehnte allerdings auch eine große Zahl an Ökonomen dieses Konzept ab. 22% der teilnehmenden Ökonomen antworteten mit »Teils-teils«.

Abb. 4

Ausgestaltung einer europäischen Arbeitslosenversicherung I

Stimmen Sie einem System regelbasierter Fiskaltransfers zu, wenn erhaltene Leistungen nicht direkt zurückgezahlt werden müssen, sondern lediglich zu höheren Beiträgen in der Zukunft führen (Versicherungslösung)?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

Fünf weitere Vorschläge werden von den Ökonomen in ihrem Reformpaket genannt: Vervollständigung der Banken- und Kapitalmarktunion, Überarbeitung des Maastricht-Defizitkriteriums und Definition einer neuen Ausgabenregel, Schaffung einer Grundlage für eine geordnete Schuldenrestrukturierung der Länder, Einführung eines neuen Euro-Anlageprodukts als Alternative zu Staatsanleihen sowie eine institutionelle Reform bezüglich der Anbindung des Präsidenten der Eurogruppe an die Kommission (vgl. Benassy-Quere et al. 2018).

EIN REFORMVORSCHLAG VON OLAF SCHOLZ

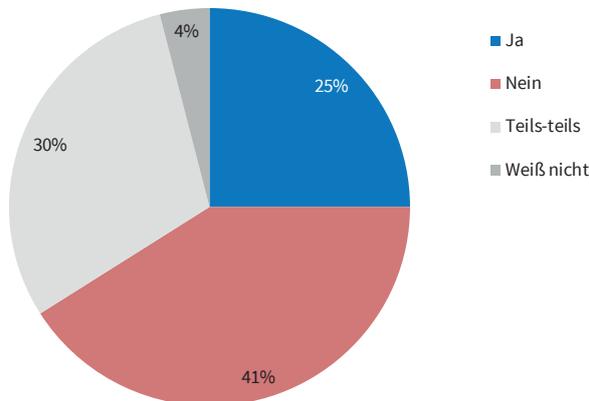
Neben dem Vorschlag der französischen und deutschen Ökonomen wurden auch andere Konzepte in den öffentlichen Diskurs eingebracht. So brachte im Juni dieses Jahres Bundesfinanzminister Olaf Scholz gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung ins Gespräch. Die Pläne werden gegenwärtig vom Bundesfinanzministerium konkretisiert: Im Kern soll es sich hierbei ebenfalls um einen Fonds handeln, den *European Unemployment Stabilization Fund* (EUSF), in den alle Länder einzahlen, um in Krisenzeiten finanzielle Unterstützung für die eigene, nationale Arbeitslosenversicherung erhalten zu können, unter anderem deshalb, um Zahlungsschwierigkeiten oder gar Insolvenzen zu verhindern, welche dann einen Dominoeffekt nach sich ziehen könnten. Auch die Solidarität innerhalb der EU sollte bestenfalls durch eine solche Rückversicherung gestärkt werden (vgl. Greive und Hildebrand 2018). Dass die nationale Arbeitslosenversicherung dafür funktionieren muss und auch das jeweilige Arbeitsrecht Mindeststandards aufweist, soll durch Auflagen im Vorschlag gewährleistet werden (vgl. Berschens und Sigmund 2018). Die Beiträge dürften sich mutmaßlich anteilig an der Wirtschaftsleistung eines Landes bemessen. Im Unterschied zu dem Vorschlag der französischen und deutschen Ökonomen sollen bei dem Ansatz von Scholz die erhaltenen Leistungen aber später – Scholz denkt an einen Zeitraum von fünf Jahren – wieder zurückgezahlt werden. Im Kern kann dieser Vorschlag damit auch als Kreditlösung bezeichnet werden.

Unerprobt in der Praxis ist die Idee einer Arbeitslosen-Rückversicherung nicht. In den USA zum Beispiel gibt es einen solchen Fonds zusätzlich zu den verschiedenen Versicherungssystemen auf Bundesstaatenebene (vgl. Berschens und Sigmund 2018).

Abb. 5

Ausgestaltung einer europäischen Arbeitslosenversicherung II

Stimmen Sie einem System regelbasierter Fiskaltransfers zu, wenn erhaltene Leistungen komplett zurückgezahlt werden müssen (Kreditlösung)?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

Befragt zu ihrer Bewertung eines solchen Systems regelbasierter Fiskaltransfers, bei dem erhaltene Leistungen komplett zurückgezahlt werden müssen, zeigte sich allerdings, dass die teilnehmenden Ökonomen eine Kreditlösung bei der Implementierung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung ablehnen würden. 41% waren von einem entsprechenden Vorschlag nicht überzeugt (vgl. Abb. 5). Lediglich 25% der Teilnehmer stimmten einem solchen Ansatz zu.

Auch die deutsche Öffentlichkeit scheint von der Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung zunächst einmal nicht überzeugt zu sein. In einer Studie des Forschungsnetzwerks EconPol Europe sprachen sich 57% gegen und nur 18% der befragten Bürger für solch eine Versicherung aus (vgl. Dolls und Wehrhofer 2018). Zu diesen Zahlen sagte im Umfeld der Studienveröffentlichung der Studienautor Mathias Dolls: »Die hohe Ablehnungsquote der europäischen Arbeitslosenversicherung beruht auf Sorgen vor dauerhaften Zahlungen zwischen den

glauben, dass Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung politisch auch tatsächlich durchgesetzt werden würden. Eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Ökonomen verneinte dies (vgl. Abb. 6). So dachten über 73% der Teilnehmer nicht, dass eine Verpflichtung auf Rückzahlung der erhaltenen Leistungen auch realisiert werden könnte. Lediglich 7% der Teilnehmer dachten, dass diese durchgesetzt werden kann.

FEHLANREIZE BEI EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

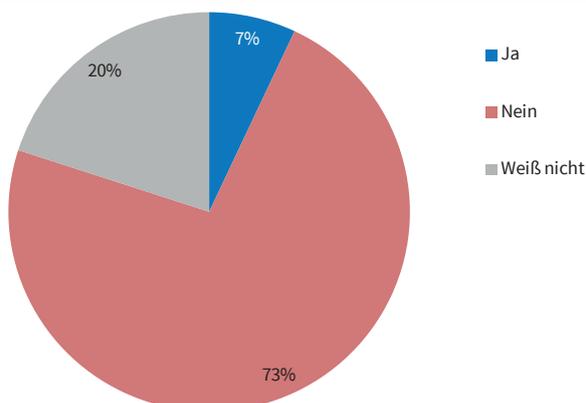
Vielfach wurde im Hinblick auf eine mögliche gemeinsame europäische Fiskalkapazität, beispielsweise in Form einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung, die Befürchtung geäußert, dass neue fiskalische Transfers zwischen den Ländern zu Fehlanreizen führen könnten – insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den

Mitgliedstaaten. Im Falle einer europäischen Arbeitslosenversicherung könnte es beispielsweise zu einem Unterlassen von Strukturreformen oder einer Verdrängung von nationalen Unterstützungsleistungen für Arbeitslose kommen. Auch eine große Mehrheit der Teilnehmer des Ökonomenpanels teilte diese Befürchtungen (60%, vgl. Abb. 7). Nur 12% der Teilnehmer gingen nicht davon aus, dass es im Falle der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung – unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung – zu Fehlanreizen

Abb. 6

Realisierung von Rückzahlungsverpflichtungen

Denken Sie, dass Rückzahlungsverpflichtungen für erhaltene Kredite aus einer europäischen Arbeitslosenversicherung politisch auch tatsächlich durchgesetzt werden würden?



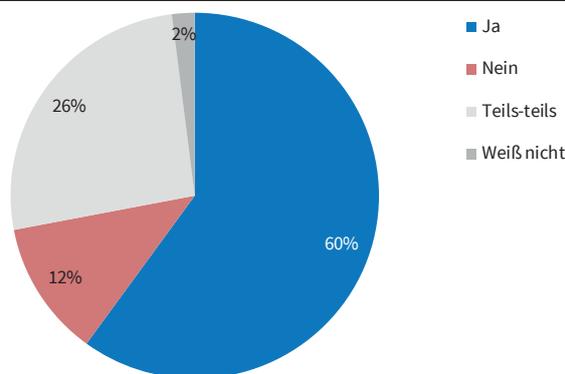
Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

Abb. 7

Fehlanreize durch europäische Arbeitslosenversicherung

Befürchten Sie, dass eine europäische Arbeitslosenversicherung – unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung – bei einzelnen Mitgliedstaaten zu Fehlanreizen für die Wirtschaftspolitik führen kann?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

kommen könnte, während 26% der Teilnehmer mit »Teils-teils« antworteten.

Generell will der Vorschlag von Olaf Scholz und seinem französischen Kollegen möglichen Fehlanreizen und Reformunterlassungen vorbeugen. Die Mindeststandards, um sich überhaupt am EUSF beteiligen zu können, sowie der Rückzahlungszeitraum von fünf Jahren zählen zu den Vorbeugungsmaßnahmen. Um der Rückzahlungsverpflichtung mehr Gewicht zu verleihen, könnten darüber hinaus Beitragserhöhungen für Länder durchgesetzt werden, die ihren Kredit nicht spätestens nach fünf Jahren zurückzahlen (vgl. Greive und Hildebrand 2018).

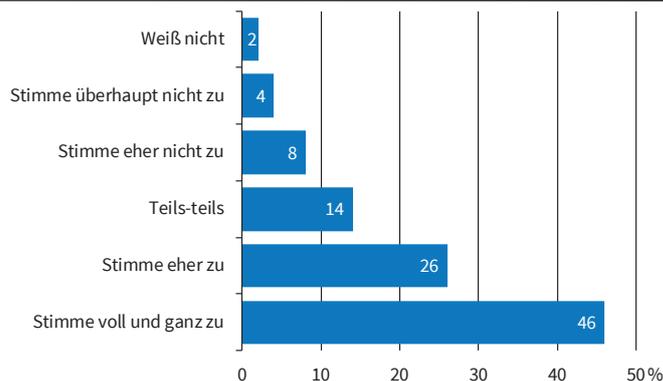
Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat bereits im Jahr 2016 ein Gutachten zur europäischen Arbeitslosenversicherung erstellt und sich dabei recht kritisch über die Schaffung eines solchen Mechanismus geäußert. So heißt es in der Studie, dass »die schwierige wirtschaftliche Lage einiger Eurostaaten aus strukturellen Fehlentwicklungen resultiert, welche durch finan-

Abb. 8

Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen

Aussage: »Die schwierige wirtschaftliche Lage einiger Eurostaaten resultiert aus strukturellen Fehlentwicklungen, welche durch finanzielle Transfers nicht gelöst werden.«

Inwieweit stimmen Sie dieser Aussage im Kontext einer europäischen Arbeitslosenversicherung zu?



Quelle: Ökonomenpanel Dezember 2018.

© ifo Institut

zielle Transfers nicht gelöst werden.« Befragt dazu, was sie von dieser Aussage halten, stimmte ein Großteil der Teilnehmer des Ökonomenpanels (72%) dieser Aussage grundsätzlich zu, 46% stimmten der Aussage sogar »voll und ganz« zu (vgl. Abb. 8). Nur 12% fanden die Aussage »eher nicht« bzw. »überhaupt nicht« zutreffend, während 14% der Teilnehmer keine eindeutige Zustimmung oder Ablehnung signalisierten.

Der Wissenschaftliche Beirat steht neuen Bestrebungen in Richtung Transferrunion unter anderem auch

deshalb kritisch gegenüber, weil die Erfahrungen mit der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aus ihrer Sicht zu mehr Realismus und nicht zu noch mehr Gestaltungsfreiheit auf europäischer Ebene anregen sollten (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2016).

LITERATUR

Benassy-Quere, A., M. Brunnermeier, H. Enderlein, E. Farhi, M. Fratzscher, C. Fuest, P.-O. Gourinchas, P. Martin, J.-P. Ferry, H. Rey, I. Schnabel, N. Veron, B. Weder di Mauro und J. Zettelmeyer (2018), »Reconciling risk sharing with market discipline: A constructive approach to euro area reform«, CEPR Policy Insight No. 91.

Berschens, R. und T. Sigmund (2018), »Brauchen wir eine europäische Arbeitslosenversicherung? Ein Pro und Contra«, *Handelsblatt*, 17. Oktober, verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/scholz-vorstoss-brauchen-wir-eine-europaeische-arbeitslosenversicherung-ein-pro-und-contra/23196486.html?ticket=ST-378664-aeJRewt-PahaMSPLGEI7A-ap5>, aufgerufen am 18. Dezember 2018.

ifo Institut (2018), »Deutsche sehen europäische Arbeitslosenversicherung kritisch«, Pressemitteilung, 5. Juli, verfügbar unter https://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2018/Q3/press_20180705_EconPol-Arbeitslosenversicherung.html, aufgerufen am 18. Dezember 2018.

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2018), »Deutsch-französisches Reformkonzept für die Europäische Währungsunion: Marktdisziplin und Risikoteilung unter einem Hut«, Pressemitteilung, 17. Januar, verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.575356.de/themen_nachrichten/deutsch_franzoesisches_reformkonzept_fuer_die_europaeische_waehrungsunion_marktdisziplin_und_risikoteilung_unter_einem_hut.html, aufgerufen am 19. Dezember 2018.

Dolls, M. (2018), *An Unemployment Re-Insurance Scheme for the Eurozone? Stabilizing and Redistributive Effects*, Bertelsmann Stiftung, verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_Re-Insurance_2018_ENG.pdf, aufgerufen am 19. Dezember 2018.

Dolls, M., C. Fuest, D. Neumann und A. Peichl (2018), »An unemployment insurance scheme for the euro area? A comparison of different alternatives using microdata«, *International Tax and Public Finance* 25(1), 273–309.

Dolls, M. und N. Wehrhofer (2018), »Attitudes towards euro area reforms: Evidence from a randomized survey experiment«, EconPol Working Paper 11.

Greive, M. und J. Hildebrand (2018), »Das sind die Details zu Scholz' Plänen für eine europäische Arbeitslosenversicherung«, *Handelsblatt*, 16. Oktober, verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/vertrauliches-papier-das-sind-die-details-zu-scholz-plaenen-fuer-eine-europaeische-arbeitslosenversicherung/23192280.html>, aufgerufen am 18. Dezember 2018.

Mühlauer, A. (2018), »Staats- und Regierungschefs wollen Reformpaket«, *Süddeutsche Zeitung*, 14. Dezember, verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eurozonenbudget-reformpaket-1.4253402>, aufgerufen am 19. Dezember 2018.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2016), *Zwischen Fiskalunion und fiskalpolitischer Eigenverantwortung: Zum Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung*, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, November 2016.

Wolf, D. (2013), »Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)«, in: M. Große Hüttmann und H.-G. Wehling (Hrsg.), *Das Europalexikon*, 2. aktual. Auflage, Dietz, Bonn, verfügbar unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176927/europaeischer-stabilitaetsmechanismus-esm>, aufgerufen am 19. Dezember 2018.